

Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1918)

Artikel: Bericht des Regierungspräsidiums

Autor: Simonin

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-416896>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 10.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

für

das Jahr 1918.



Bericht des Regierungspräsidiums.

Volkssentscheide.

Im Berichtsjahre fanden drei kantonale und zwei eidgenössische Volksabstimmungen statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen.

I. Auf den 28. April war angesetzt die Volksabstimmung über: 1. das Volksbegehren betreffend Erlass eines Gesetzes über Jagd- und Vogelschutz, das mit 46,198 gegen 37,921, also mit einem Mehr von 8277 Stimmen verworfen wurde; 2. den Entwurf zu einem Gesetz betreffend die vorübergehende Erhöhung des Salzpreises, der mit 46,673 gegen 38,089, also mit einem Mehr von 8584 Stimmen verworfen wurde; 3. die Vorlage betreffend Revision der Staatsverfassung (Aufhebung von Art. 33, letzter Absatz), die mit 40,509 gegen 37,526, also mit einem Mehr von 2983 Stimmen angenommen wurde.

Die Zahl der am 28. April in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten betrug 164,918.

II. Am 7. Juli fand statt die Abstimmung über: 1. das Volksbegehren betreffend Erlass eines neuen Gesetzes über die direkten Staats- und Gemeindesteuern, das mit 56,113 gegen 30,396, also mit einem Mehr von 25,717 Stimmen angenommen wurde; 2. den Entwurf zu einem Gesetz betreffend die Zivilprozessordnung, der mit 63,922 gegen 19,157, also mit einem Mehr von 44,765 Stimmen angenommen wurde; 3. den Entwurf zu einem Gesetz über den Beitritt des Kantons Bern zum Konkordat betreffend wohnörtliche Unterstützung, der mit 64,256 gegen 17,425, also mit einem Mehr von 46,831 Stimmen angenommen wurde.

Die Zahl der am 7. Juli in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten betrug 166,420.

III. Am 1. Dezember fand statt die Abstimmung über den Entwurf zu einem Gesetz betreffend Ausrichtung von Kriegsteuerzulagen an die Lehrerschaft, der mit 36,088 Ja gegen 14,594 Nein, also mit einem Mehr von 21,494 Stimmen angenommen wurde.

Die Zahl der am 1. Dezember in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten betrug 166,469.

B. Eidgenössische Volksabstimmungen.

I. Am 2. Juni: die Abstimmung über das Volksbegehren betreffend die Einführung der direkten Bundessteuer, das im Kanton Bern mit 48,277 Ja gegen 45,468 Nein, also mit einem Mehr von 2809 Stimmen angenommen, in der ganzen Schweiz dagegen mit 325,814 Nein gegen 276,735 Ja, also mit einem Mehr von 49,079 Stimmen verworfen wurde.

Die Zahl der in eidgenössischen Angelegenheiten Stimmberechtigten des Kantons Bern betrug an jenem Tage 166,925.

II. Am 13. Oktober: die Abstimmung über das Volksbegehren um Einführung der Verhältniswahl für die Wahlen in den schweizerischen Nationalrat, das im Kanton Bern mit 48,844 Ja gegen 15,549 Nein, also mit einem Mehr von 33,295 Stimmen angenommen wurde.

In der ganzen Schweiz wurde das Volksbegehren mit 299,550 Ja gegen 149,035 Nein, also mit einem Mehr von 150,515, bei 17 ganzen und 5 halben annehmenden und 2 ganzen und 1 halben verwerfenden Stände angenommen.

Vertretung in den eidgenössischen Räten.

An Stelle des zurücktretenden A. Steiger wurde am 10. Juli als Ständerat gewählt: Regierungsrat L. Merz.

Als Ständeräte — mit Amtsdauer vom 1. Dezember 1918 bis und mit 30. November 1919 — wurden vom Grossen Rat am 27. November 1918 bestätigt die bisherigen: Eisenbahndirektor G. Kunz und Regierungsrat L. Merz.

Am 13. Oktober wurde im VII. eidgenössischen Wahlkreis (Mittelland) eine Ersatzwahl in den Nationalrat am Platze des verstorbenen Parteisekretärs F. Koch vorgenommen. Gewählt wurde Arbeitersekretär Konrad Ilg in Bern.

Grosser Rat.

Im Berichtsjahre fand die Gesamterneuerung des Grossen Rates statt. Die ersten fünf Monate bilden den Abschluss der XVIII., die letzten sieben Monate den Anfang der XIX. Verwaltungsperiode seit der Verfassungsrevision von 1846.

Schluss der XVIII. Verwaltungsperiode.

Der abtretende Grosse Rat trat in einer Session mit insgesamt 13 Sitzungen zusammen und behandelte folgende wichtigeren Geschäfte:

1. Beratung und Beschlussfassung über Gegenstände, welche der Volksabstimmung unterliegen (Art. 26, Ziff. 1 St. V.):

- a) Gesetz über die Zivilprozessordnung, zweite Lesung;
- b) Gesetz über den Beitritt des Kantons Bern zum Konkordat betreffend wohnörtliche Unterstützung, zweite Lesung;
- c) Vorlage betreffend Revision der Staatsverfassung (Aufhebung von Art. 33, letzter Absatz), zweite Lesung.

2. Erlass von Dekreten (Art. 26, Ziff. 2 St. V.) und andern Beschlüssen:

- a) Dekret betreffend Ausrichtung von Kriegsteuerungszulagen;
- b) Dekret betreffend die Anstellungsverhältnisse in der Zentralverwaltung und in den Bezirksverwaltungen.

3. Motionen und Interpellationen.

Es wurden erheblich erklärt:

- a) Motion Zingg und Mitunterzeichner betreffend Einführung des freien Samstagnachmittags für das Staatspersonal;
- b) Motion Dr. Biehly betreffend Unterstützung der notleidenden Hotelindustrie;
- c) Motion Dr. Michel und Mitunterzeichner betreffend Elektrifizierung der Linie Spiez-Interlaken-Bönigen und anderer Eisenbahnlinien des Oberlandes.

Es wurden beantwortet:

- a) die Interpellation Freiburghaus und Mitunterzeichner betreffend die Erhöhung der von der kantonalen Brandversicherungsanstalt auszurichtenden Entschädigungen;

b) die Interpellation H. Lanz-Thun und Mitunterzeichner betreffend die Versorgung der Pferdebesitzer mit Heu und andern Futtermitteln;

c) die Interpellation Seiler und Mitunterzeichner betreffend die Bekämpfung der Weisslinge;

d) die Interpellation Chavannes und Mitunterzeichner betreffend Landschaden und Personenkontrolle in der verbotenen Grenzzone;

e) die Interpellation César und Mitunterzeichner betreffend bessere Berücksichtigung der französischen Sprache an der Hochschule;

f) die Interpellation Schneeberger und Mitunterzeichner betreffend Beibehaltung des Siebenuhr-Ladenschlusses;

g) die Interpellationen Thomet und Mitunterzeichner und Montandon und Mitunterzeichner betreffend die Rationierung von Milch und Butter.

4. Von den übrigen Geschäften ist zu erwähnen der Beschluss betreffend die Verlegung des Lehrerinnen-seminars Hindelbank nach Thun.

Anfang der XIX. Verwaltungsperiode.

Die Erneuerungswahlen in den Grossen Rat vollzogen sich unter Abrechnung einiger unbedeutender Verstösse gegen die Wahlvorschriften überall in Ruhe und Ordnung.

Von den 216 Wahlen kamen 195 im ersten Wahlgang zustande; in vier Wahlkreisen war ein zweiter Wahlgang notwendig. Gegen die Wahlen langten fünf Beschwerden ein, nämlich:

1. eine Beschwerde aus dem 13. Wahlkreis (Thierachern). Auf diese Beschwerde wurde wegen verspäteter Einreichung nicht eingetreten;
2. eine Beschwerde aus dem 42. Wahlkreis (Kirchberg). Diese Beschwerde wurde abgewiesen;
3. eine Beschwerde aus dem 50. Wahlkreis (Erlach). Es wurde infolge dieser Beschwerde eine Wahl des ersten Wahlganges ungültig erklärt;
4. eine Beschwerde aus dem 54. Wahlkreis (St. Immer). Infolge dieser Beschwerde wurden die vier Wahlen des ersten Wahlganges ungültig erklärt;
5. eine Beschwerde aus dem 55. Wahlkreis (Tavannes). Auf diese Beschwerde wurde wegen verspäteter Einreichung nicht eingetreten.

Ganz allgemein muss festgestellt werden, dass viele Wahlausschüsse auf die Durchführung ihrer Aufgaben grössere Sorgfalt verwenden sollten. Ungenaue Zahlenermittlungen, unvollständig ausgefüllte Protokolle, verspätete Einsendung der Wahlakten nötigten zu vielfachen Reklamationen und verzögerten die Feststellung der Wahlergebnisse.

Ersatzwahlen in den Grossen Rat mussten zwei angeordnet werden, beide im 51. Wahlkreis (Biel), die eine wegen Hinscheides, die andere infolge von Demission eines bisherigen Mitgliedes.

Für das Verwaltungsjahr 1918/19 wurden gewählt:
zum Präsidenten des Grossen Rates: Fürsprech Dr. Boinay in Pruntrut;
zu Vizepräsidenten: Fürsprech H. Pfister und Gemeinderat R. Grimm, beide in Bern;
zu Stimmzählern: Fabrikant J. Comment in Courgenay, Baumzüchter G. Häsler in Einigen, Gemeindeschreiber A. Ramstein in Rützenbach und Wirt K. Stauffer in Thun.

Die ständigen Kommissionen des Rates für die Verwaltungsperiode 1918/22 wurden bestellt wie folgt:

- a) die Wahlaktenprüfungskommission: Hotelier F. Seiler in Bönigen (Präsident), Fürsprech L. Scholer in Laufen (Vizepräsident), Progymnasiallehrer P. Balmer in Nidau, Landwirt F. Ingold in Lotzwil, Fabrikant J. Luterbacher in Reuchenette, Parteisekretär E. Münch in Bern, Landwirt J. Stähli in Schüpfen;
- b) die Justizkommission: Notar J. Meyer in Langenthal (Präsident), Fürsprech Dr. Gobat in Delsberg (Vizepräsident), Notar P. Düby in Thun, Landwirt F. Hess in Dürrenroth, Redaktor K. Moor in Bern, Notar G. Segesser in Büren a. A., Fürsprech E. von Steiger in Bern;
- c) die Staatswirtschaftskommission: Fürsprech Dr. Brand in Bern (Präsident), Fabrikant G. Nyffeler in Kirchberg (Vizepräsident), Landwirt E. Girod in Champos, Landwirt G. Gnägi in Schwadernau, Landwirt J. Ingold in Niederwichtlach, Notar J. Mühlemann in Meiringen, Wirt P. Nicol in Pruntrut, Gemeinderat O. Schneeberger in Bern, Landwirt F. Siegenthaler in Trub.

Die periodische Erneuerung von zehn Mitgliedern des Obergerichts ergab die Wiederwahl der Oberrichter Ernst, Chappuis, Streiff, Krebs, Dr. Manuel, Gasser, Neuhaus, Zraggen, Dr. Mouttet und Kasser und der Ersatzmänner Prof. Dr. Thormann, Dr. Brand, Bühlmann und Allenbach. Ferner wurde eine Ersatzwahl getroffen und als Oberrichter gewählt: Gerichtspräsident H. Marti in Bern. Als Obergerichtspräsident wurde für eine neue Amtsdauer gewählt: Dr. Ed. Thormann, der bisherige.

Der Grosse Rat versammelte sich in vier Sessionen mit 30 Sitzungen. Es wurden folgende wichtigeren Geschäfte behandelt:

1. Beratung und Beschlussfassung über Gegenstände, welche der Volksabstimmung unterliegen (Art. 26, Ziff. 1 St. V.):

- a) Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer, erste und zweite Beratung;
- b) Gesetz betreffend Ausrichtung von Kriegsteuerzulagen an die Lehrerschaft, erste und zweite Beratung;
- c) Gesetz betreffend Einführung der obligatorischen Krankenversicherung, erste Beratung.

2. Erlass von Dekreten (Art. 26, Ziff. 2 St. V.):

- a) Revision einiger Bestimmungen des Reglementes für den Grossen Rat;
- b) Dekret betreffend die Inventarisierung des Nachlasses von Steuerpflichtigen;

- c) Dekret betreffend die Erteilung des Gemeinde- und Kantonsbürgerrechtes;
- d) Beschluss betreffend die Ausrichtung von Nachsteuerungszulagen.

3. Motionen und Interpellationen.

Es wurden erheblich erklärt:

- a) die Motion der Staatswirtschaftskommission betreffend die Erhöhung der Taggelder und Reiseentschädigungen des Grossen Rates;
- b) die Motion Balmer und Mitunterzeichner betreffend Wohnungsbau durch die Bernischen Kraftwerke und Ermässigung ihrer Tarife (erheblich erklärt in modifizierter Fassung);
- c) die Motion Jakob und Mitunterzeichner betreffend Verbauungen am rechten Ufer des Nidau-Büren-Kanals;
- d) die Motion Meer und Mitunterzeichner betreffend Erhöhung der Taggelder der Geschwornen, der Amtsrichter und deren Ersatzmänner, sowie der Gewerberichter;
- e) die Motion Strahm und Mitunterzeichner betreffend die Einführung der obligatorischen Krankenversicherung;
- f) die Motion Dürr und Mitunterzeichner betreffend die Revision des kantonalen Arbeiterinnenschutzgesetzes;
- g) die Motion von Steiger betreffend Gewährung eines Besoldungsnachgenusses an nicht wiedergewählte Beamte mit einwandfreier Amtsführung;
- h) die Motion Balmer und Mitunterzeichner betreffend die Subventionierung der Witwen- und Waisenkasse bernischer Mittellehrer;
- i) die Motion Dr. Dürrenmatt und Mitunterzeichner betreffend die Unterstützung der konzessionierten bernischen Automobilunternehmungen durch den Staat;
- k) die Motion Grimm und Mitunterzeichner betreffend die Einführung des Proportionalsystems für die Wahl des Grossen Rates.

Nicht erheblich erklärt wurden:

- a) die Motion Zingg und Mitunterzeichner betreffend die Revision des kantonalen Lehrlinggesetzes;
- b) die Motion Münch und Mitunterzeichner betreffend die Errichtung eines kantonalen Fabrikinspektorates;
- c) die Motion E. Düby und Mitunterzeichner betreffend die Übernahme des Milchpreisaufschlages durch den Staat.

Es wurden folgende Interpellationen beantwortet:

- a) die Interpellation Klening und Mitunterzeichner betreffend die Regulierung der Abflussverhältnisse des Bielersees;
- b) die Interpellation Salchli betreffend ungesetzliche Verfügungen des kantonalen Milchamtes;
- c) die Interpellation Zingg und Mitunterzeichner betreffend die Behandlung des Personals kantonalen Betriebe in verschiedenen, die Unfallversicherung betreffenden Fragen;

- d) die Interpellation E. Münch und Mitunterzeichner betreffend Massnahmen gegen die Wohnungsnot;
- e) die Interpellation E. Leuenberger und Mitunterzeichner betreffend die Vorlage der neuen Besoldungsdekrete;
- f) die Interpellationen Gurtner und Stauffer betreffend den Schutz der Arbeitswilligen resp. der Streikenden bei Streiks und Aussperrungen;
- g) die Interpellation Dr. Dürrenmatt und Mitunterzeichner betreffend den Stand der Vorarbeiten für die Vereinfachung der Staatsverwaltung;
- h) die Interpellation Albietz und Mitunterzeichner betreffend den Umbau der Bahnhöfe Pruntrut und Delsberg;
- i) die Interpellation Schwarz und Mitunterzeichner betreffend die Einschränkung der Ausfuhr von Milchprodukten;
- k) die Interpellation Dr. Mosimann betreffend den Stand der Vorarbeiten für das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz betreffend Kranken- und Unfallversicherung;
- l) die Interpellation Hg und Mitunterzeichner betreffend Übernahme eines Teils der Ankaufskosten der Kartoffeln durch den Staat;
- m) die Interpellation Pfister und Mitunterzeichner betreffend die Feststellung der Verantwortlichkeit des Gemeinderates von Bern für die Vorfälle während des Landesstreiks;
- n) die Interpellation von Fischer und Mitunterzeichner betreffend den Polizeidienst in der Kantonshauptstadt anlässlich des sogenannten Proteststreikes vom 9. November 1918;
- o) die Interpellation Münch und Mitunterzeichner betreffend die Stellung des Regierungsrates zu den Bürgerwehren;
- p) die Interpellation G. Müller (Bern) und Mitunterzeichner betreffend den Erlass der Ausführungsbestimmungen zum neuen Steuergesetz.

Aus der Zahl der übrigen vom Grossen Rate behandelten Geschäfte führen wir noch an:

- a) die Behandlung des Berichtes des Regierungsrates über die Einführung des elektrischen Betriebes auf den bernischen Dampfbahnen;
- b) den Beschluss betreffend das Inkrafttreten des neuen Steuergesetzes auf den 1. Januar 1919.

Folgende Postulate wurden bei Anlass der Beratung des Staatsverwaltungsberichtes für 1917 behandelt:

- a) das Postulat der Staatswirtschaftskommission betreffend Einbringung von Finanzvorlagen zur Vermehrung der Staatseinnahmen;
- b) das Postulat der Staatswirtschaftskommission betreffend Einbringung der neuen Besoldungsvorlage;
- c) das Postulat der Staatswirtschaftskommission betreffend Vornahme von Schritten bei den Bundesbehörden für eine reichlichere Ausmessung der militärischen Notunterstützung;
- d) die Postulate der Staatswirtschaftskommission betreffend Erhöhung des Rindviehprämierungskredites um Fr. 15,000 und betreffend Förderung der Bestrebungen zur Durchführung von Bodenverbesserungen;

- e) das Postulat der Staatswirtschaftskommission betreffend Revision einzelner organisatorischer Bestimmungen über die Forstverwaltung;
- f) das Postulat Schenk betreffend Beaufsichtigung und Begutachtung der Wasserversorgungsanlagen;
- g) das Postulat Münch betreffend Einschränkung des Stimmrechtsentzuges wegen bezogener Armenunterstützung (erheblich erklärt in der von Armendirektor Burren vorgeschlagenen modifizierten Fassung);
- h) das Postulat Berner betreffend Ausbezahlung des vollen Lohnes bei den dem Staat auffallenden Unfallentschädigungen seines Personals;
- i) das Postulat Aellig betreffend Verbesserung der Staatsstrasse Frutigen-Adelboden;
- k) das Postulat Hartmann betreffend Durchführung der „promesse Comtesse“ auf den bernischen Dekretsbahnen;
- l) das Postulat Jakob betreffend die Anlage eines Fussgängersteiges bei der Kanalbrücke in Nidau.

Unerledigte Geschäfte.

Auf Ende des Berichtsjahres waren beim Grossen Rate hängig, aber noch nicht erledigt folgende wichtigeren Geschäfte: Einführung der obligatorischen Krankenversicherung im Kanton Bern, die Revision der Besoldungsvorschriften für das gesamte Staatspersonal, der Erlass der Ausführungsdekrete zum neuen Steuergesetz, und eine Reihe von Motionen.

Regierungsrat.

Regierungspräsident für den Schluss der XVIII. Verwaltungsperiode war Justizdirektor Merz; Vizepräsident des Regierungsrates: Gemeindedirektor Simonin.

Für das erste Jahr der XIX. Verwaltungsperiode wurde zum Regierungspräsidenten gewählt: Gemeindedirektor Simonin; zum Vizepräsidenten: Landwirtschaftsdirektor Dr. Moser.

Die Gesamterneuerung des Regierungsrates am 28. April 1918 ergab bei einer Gesamtzahl von 164,280 Stimmberechtigten eine Wahlbeteiligung von 71,661 Bürgern; das absolute Mehr betrug 31,252. Es wurden gewählt die bisherigen Regierungsräte F. Burren mit 51,799, R. von Erlach mit 51,356, L. Merz mit 51,278, E. Lohner mit 51,663, Dr. K. Moser mit 51,488, K. Scheurer mit 50,744, H. Simonin mit 51,761, Dr. H. Tschumi mit 50,991 und als neues Mitglied des Regierungsrates, A. Stauffer, mit 47,595 Stimmen.

Die Verteilung der Verwaltungskreise in die neun Direktionen und die Zuteilung der Direktionen an die Mitglieder des Regierungsrates für die XIX. Verwaltungsperiode wurde vom Grossen Rate durch Beschluss vom 4. Juni 1918 geordnet.

Demgemäss wurden zugeteilt:

die Verwaltung des Innern an Regierungsrat Dr. Tschumi;
 die Verwaltung des Gemeindewesens und der Sanität an Regierungsrat Simonin;
 die Verwaltung der Justiz und des Militärs an Regierungsrat Lohner;

die Verwaltung der Polizei an Regierungsrat Stauffer;
 die Verwaltung der Finanzen und der Domänen an
 Regierungsrat Scheurer;
 die Verwaltung des Unterrichtswesens an Regierungs-
 rat Merz;
 die Verwaltung der öffentlichen Bauten und der Eisen-
 bahnen an Regierungsrat von Erlach;
 die Verwaltung der Landwirtschaft und der Forsten
 an Regierungsrat Dr. Moser;
 die Verwaltung des Armen- und des Kirchenwesens
 an Regierungsrat Burren.

Die Stellvertretung der Direktoren für die XIX.
 Verwaltungsperiode wurde vom Regierungsrat wie folgt
 festgesetzt:

Direktion des Innern, Stellvertreter: Regierungsrat von
 Erlach;
 Direktion der Justiz und des Militärs, Stellvertreter:
 Regierungsrat Merz für das Justizwesen, Regierungs-
 rat Scheurer für das Militärwesen;
 Direktion der Polizei, Stellvertreter: Regierungsrat
 Dr. Tschumi;
 Direktion der Finanzen und Domänen, Stellvertreter:
 Regierungsrat Dr. Moser;
 Direktion des Unterrichtswesens, Stellvertreter: Regie-
 rungsrat Lohner;
 Direktion der Bauten und Eisenbahnen, Stellvertreter:
 Regierungsrat Scheurer;
 Direktion der Forsten und der Landwirtschaft, Stell-
 vertreter: Regierungsrat Stauffer;
 Direktion des Armen- und des Kirchenwesens, Stell-
 vertreter: Regierungsrat Simonin;
 Direktion des Gemeindegewesens und der Sanität, Stell-
 vertreter: Regierungsrat Burren.

Das abgelaufene Verwaltungsjahr war nochmals
 ein Kriegsjahr mit all der Arbeit und all der Sorge,
 die eine Kriegsperiode einem Verwaltungsorganismus
 bringt. Auch dieses Jahr machte die Lebensmittelver-
 sorgung des Landes zahlreiche Verfügungen nötig; der
 Brennstoffmangel, die Wohnungsnot, die gegen das Ende
 des Jahres drohende Arbeitslosigkeit, alle diese Begleit-
 erscheinungen der Kriegszeit traten in verschiedenen
 Formen an die Behörden heran. Dazu kam als ausser-
 ordentliches Ereignis von schwerster Bedeutung der
 Landesstreik, der die politischen und Verwaltungsorgane
 vor sehr schwierige Situationen stellte. Der Landes-
 streik gab Anlass zu einer Debatte im Grossen Rat
 von einem Umfange und einer Gründlichkeit, wie sie
 in der parlamentarischen Geschichte unseres Kantons
 eine Seltenheit ist. Wir können es uns deshalb er-
 sparen, hier auf Einzelheiten einzutreten. In bezug
 auf das, was die Verwaltung am nächsten berührt,
 die Stellung des Staatspersonals zum Landesstreik,
 wollen wir aber erwähnen, dass die Beamten und An-
 gestellten des Staates, mit wenigen bedauerlichen Aus-
 nahmen, einsahen, dass gerade in den ausserordentlichen
 Zeiten der Unruhe und Störung des wirtschaftlichen
 und politischen Lebens es doppelte Pflicht der staat-
 lichen Funktionäre ist, auf dem Posten zu stehen und
 den öffentlichen Verwaltungsapparat, der in diesen
 Zeiten mehr als sonst der Grundstein einer gut organi-

sierten menschlichen Gemeinschaft ist, nicht im Stiche
 zu lassen. Für diese Haltung sei dem Staatspersonal
 auch an dieser Stelle ein Wort der Anerkennung und
 des Dankes ausgesprochen.

Der Regierungsrat hielt im Berichtsjahre 129 Sit-
 zungen ab, in denen er 6882 Geschäfte behandelte
 (1917: 117 Sitzungen mit 7283 Geschäften). Durch
 längern Militärdienst in Anspruch genommen war der
 Vorsteher der Baudirektion, Regierungsrat von Erlach.

Bezirksbeamte.

In der XVIII. Verwaltungsperiode wurde noch die
 Neuwahl eines Gerichtspräsidenten vorgenommen (Amts-
 bezirk Niedersimmenthal) wegen Demission des bis-
 herigen Inhabers der Stelle.

Die Gesamterneuerungswahlen der Bezirksbeamten
 ergaben in 29 Amtsbezirken Bestätigung der bisherigen
 Regierungstatthalter und in einem Amtsbezirk Neu-
 wahl infolge Verzichtes des bisherigen Beamten auf
 eine neue Kandidatur.

Von den Gerichtspräsidenten wurden in 28 Amts-
 bezirken die bisherigen Inhaber der Stellen bestätigt;
 in zwei Amtsbezirken wurden insgesamt drei Beamte
 nicht wieder gewählt.

Zum erstenmal wurden in Gemässheit des Dekretes
 vom 28. Mai 1913 auch die Wahlen der Betreibungs-
 und Konkursbeamten als Gesamterneuerungswahlen
 durchgeführt. Sie ergaben in 29 Amtsbezirken Be-
 stätigung der bisherigen Inhaber des Amtes, in einem
 Amtsbezirk wurde ein neuer Beamter gewählt.

Beschwerden gegen Bezirksbeamtenwahlen wurden
 keine erhoben.

Die am 7. Juli 1918 vorgenommenen *Geschworenen-*
wahlen geben zu keinen Bemerkungen Anlass; ein
 Wahlrekurs führte zu einer Berichtigung der vom be-
 treffenden Wahlausschuss ermittelten Stimmenzahlen.

Nach den Gesamterneuerungswahlen wurden im
 Berichtsjahr noch in einem Amtsbezirk der Gerichts-
 präsident und in zwei Amtsbezirken die Betreibungs-
 und Konkursbeamten neu gewählt.

Staatskanzlei.

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben
 folgende Ziffern Auskunft:

An die Direktionen überwiesene Geschäfte	6,230
Überweisungen an den Grossen Rat . . .	512
Ausführung von Drucksachenbestellungen .	2,230
Legalisationen	21,100
Amtliche Publikationen in den Amtsblättern	699
Zahlungs- und Bezugsanweisungen . . .	2,443

Während eines längern Militärdienstes des Staats-
 schreibers versah Staatsarchivar Kurz dessen Stelle.
 Auch der Geschäftsgang der Staatskanzlei wurde vom
 Monat Juni hinweg durch sukzessive Erkrankung des
 Personals an der Grippe vielfach gehemmt.

Die *französische Sektion der Staatskanzlei* hat im
 Jahre 1918 total 2677 Geschäfte erledigt, nämlich
 1752 der Direktionen und der Staatskanzlei und 925
 Regierungsratsbeschlüsse.

Staatsarchiv.

Während mehrerer Monate wurde der Staatsarchivar durch die ihm aufgetragene Stellvertretung des im Militärdienst abwesenden Staatsschreibers seiner eigenen Amtstätigkeit nahezu vollständig entzogen. Bei der mündlichen und schriftlichen Auskunftserteilung an Historiker trat diese Zeit über der wissenschaftlich gut ausgerüstete Archivgehülfe E. Meyer in die Lücke. Während der Grippeepidemie im Sommer wurde zeitweilig das gesamte Personal des Staatsarchivs zur Aushilfe in der Staatskanzlei beansprucht. Eine weitere empfindliche Störung des Archivdienstes wurde durch den mehrere Monate dauernden Umbau der Rathausheizung verursacht, durch welchen 12 von den 40 Arbeits- und Archivräumen erfasst wurden, was eine Menge von Umstellungen notwendig machte. Ein durch Fahrlässigkeit eines Bauarbeiters verursachter Brandausbruch ging ohne schlimme Folgen vorüber. Durch den Umbau wurde der grosse Vorteil erzielt, dass in den Archivräumen 1—4 und 9—11 auch bei strenger Winterkälte unbehindert gearbeitet werden kann, ein Gegenwert zu den notwendig gewordenen, fast unendlichen Entstaubungsarbeiten.

Aus den oben genannten Gründen konnte im Berichtsjahre die Arbeit am bernischen Urkundenwerk nur wenig gefördert werden, obwohl sie keineswegs ganz aussetzte. Das gesamte darauf bezügliche Material an Akten und Korrespondenzen seit Beginn dieser Veröffentlichung (1853) erfuhr nach erfolgter Sammlung eine Neuordnung. Das im Jahre 1713 begonnene Archivprotokoll, namentlich die Nachweise und Hauptergebnisse angestellter Nachforschungen zu amtlichen Zwecken enthaltend, wurde zum guten Teil nachgeführt, nachdem seit etwa 12 Jahren nennenswerte Eintragungen nicht mehr gemacht worden waren. Ebenso gelangte eine grosse Zahl von Urkunden, Schriften und Drucksachen aller Art, die seit langem wegen Mangel an Personal oder Krankheit desselben lediglich magaziniert worden waren, zur Sichtung und Einreihung. Es betrifft dies vorwiegend Materialien, welche durch Schenkung oder Kauf in das Staatsarchiv gekommen sind und in die Gebiete der Orts-, Familien- und Kulturgeschichte, sowie der Volkskunde gehören. Verschiedene Aktensammlungen und Bände wurden mit Registern versehen. Bei der erfreulich fortschreitenden Revision des ehemaligen fürstbischöflich-baselischen Archivs wurden nebst einigen kleinern Abteilungen namentlich die umfangreichen Bestände über die einstigen Herrschaften Freibergen, Ilfingen, Laufen und Zwingen, Münstertal, Neuenstadt, Tessenberg; ferner die Materialien über Landstrassen, militärische Musterungen, Papiermühlen, endlich die Akten der Officialitas bearbeitet, d. h. eine der grössten Abteilungen der Spiritualia. Die sehr beträchtlichen Bestände der einstigen gemeinen Lehen und fürstlichen Güter sind

einer ersten Sichtung unterzogen worden, werden aber unserm fleissigen Mitarbeiter A. Membrez noch tüchtig zu schaffen geben.

Die Sammlung von Drucksachen und Bildern über die Einwirkungen des Weltkrieges auf unsern Kanton und die Schweiz wurde im vorgesehenen Rahmen weitergeführt. Einzelne kantonale Amtsstellen und Gemeindebehörden haben mit einschlägigen Ablieferungen in das Staatsarchiv begonnen.

Grössere Ablieferungen seitens von Regierungskontrollen sind nicht zu erwähnen. Über die Entgegennahme von Beständen aus Bezirksarchiven, von denen der Staatsarchivar diejenigen von Erlach, Fraubrunnen und Wangen besichtigte, wird im nächsten Bericht im Zusammenhang zu handeln sein, da verschiedene Fälle noch nicht ganz erledigt sind. Die Direktion des Inselspitals übergab uns 96 Bände von Rechnungsdoppeln aus dem 18. und 19. Jahrhundert zur Aufbewahrung.

Von verschiedenen Seiten erhielt das Staatsarchiv Geschenke an Büchern und Druckschriften. Der am 6. April 1918 verstorbene alt Bundesarchivar Dr. J. Kaiser vergabte seine umfangreiche Bibliothek dem Kanton Bern zur Verteilung an dessen „öffentliche und gemeinnützige Bibliotheken“. Die Übernahme dieser Bibliothek und ihre stiftungsgemässe Verwendung wurde vom Regierungsrat dem Staatsarchivariat übertragen. Nach den erforderlichen Katalogisierungsarbeiten, welche durch den schon erwähnten Umbau unliebsam erschwert wurden, kamen zunächst mehrere Hunderte von Bänden zur Verteilung an die der Hochschule angegliederten Bibliotheken, ferner an Schulbibliotheken, letztere Bücher durch Vermittlung der Unterrichtsdirektion. Auch die Bibliothek des Staatsarchivs fand in mehreren Abteilungen eine sehr wünschbare Ergänzung. Die Verteilung war auf Jahresschluss noch nicht beendet und es können noch zahlreiche Bibliotheken in allen Landesteilen bedacht werden. Herr Bankbeamter Fr. Gruber in Bern schenkte dem Staatsarchiv zwei Pergamenturkunden, Herr Fürsprecher A. Sessler in Bern, wenige Tage vor seinem Hinscheide, eine grössere Zahl von Akten aus dem Nachlasse von Staatsrat Dr. R. Bay, worunter sehr interessante Stücke aus der Mediationszeit.

Die Benützung des Staatsarchivs zu wissenschaftlichen Forschungen war das ganze Jahr hindurch eine rege. Durchschnittlich arbeiteten täglich 4—5 Studierende und Geschichtsfreunde auf den verschiedensten Gebieten. Gegen Schluss des Jahres stieg die Zahl der im Werden begriffenen Dissertationen auf ein reichliches Dutzend.

Bern, den 2. April 1919.

Der Regierungspräsident:

Simonin.

Vom Regierungsrat genehmigt am 22. April 1919.

Test. Der Staatsschreiber: **Rudolf.**